

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Streng geheim!

Nur zur persönlichen Information!

Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 19.....

Nr. 205/88

Expl. 44

Bl. 11

Einschätzung

zum Stand der amerikanischen Ratifizierungsdebatte über
den Mittelstreckenwaffenvertrag und damit verbundene
Fragen der Fortsetzung des Abrüstungsdialogs USA/UdSSR

- | | |
|----------------|-------------|
| 1. Hou | 16. Mittag |
| 2. Ho | 17. Müllers |
| 3. At | 18. Neun |
| 4. Böh | 19. Stabo |
| 5. Dohl | 20. F. |
| 6. Ebert | 21. Ti |
| 7. Felte | 22. Lauge |
| 8. Hag | 23. Mü, G. |
| 9. Herr | 24. Mü, M. |
| 10. Jaro | 25. Schür |
| 11. Kepf/Strel | 26. Walde |
| 12. Kleib | 27. Fis |
| 13. Kreuz | |
| 14. Krol W. | |
| 15. Lorenz | |

BSU

000273

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Im bisherigen Verlauf der Ratifizierungsdebatte über den Mittelstreckenwaffenvertrag (INF-Vertrag) standen neben Verifizierungsproblemen und militärischen Details des Vertrages Überlegungen zu seinen langfristigen Auswirkungen auf die internationale Situation, die Sicherheit der USA und ihre Stellung in der Welt sowie auf das westliche Bündnis im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. In der jetzt beginnenden Schlußphase des Ratifizierungsverfahrens treten vor allem die Probleme einer 50 %igen Reduzierung der strategischen Offensivwaffen (START-Vertrag) und die Vorbereitung des 4. amerikanisch-sowjetischen Gipfels in Moskau in den Vordergrund. In die amerikanische sicherheitspolitische Debatte fließen darüber hinaus immer stärker Überlegungen für die Politik des Reagan-Nachfolgers ein.

Für den derzeitigen Verlauf der sicherheitspolitischen Diskussion in Richtung eines pragmatischeren Herangehens an Abrüstungsfragen und an die Politik gegenüber der UdSSR wirkt sich fördernd aus, daß 1987 anstelle ausscheidender rechtskonservativer Politiker überwiegend Fachleute mit größerem Realitätssinn in Berater- und Führungspositionen berufen wurden. Gleichzeitig verstärken die Gegner einer Verständigung mit der UdSSR ihre Anstrengungen, Hindernisse für das Zustandekommen weiterer substantieller Abrüstungsschritte zu errichten. Der Präsident sieht sich angesichts des Kräfteverhältnisses im Kongreß und des Herannahens der Präsidentschaftswahlen verstärkt zum Lavieren zwischen rechtskonservativen und gemäßigt-konservativen Positionen gezwungen, um sich am Ende seiner Amtszeit zumindest in den Ost-West-Beziehungen einen politischen Erfolg zu sichern, der zugleich ein Minimum an außenpolitischer Kontinuität der USA unter seinem Amtsnachfolger garantiert.

Dem State Department nahestehende Politologen sowie Kongreßmitarbeiter sind der Ansicht, daß es dem Präsidenten mit Hilfe des Stabschefs im Weißen Haus Baker und Senator Tower in den ersten Monaten 1988 trotz der Kampagne rechtskonservativer Politiker gegen die Ergebnisse des Washingtoner Gipfels mit einer ungewöhnlich gut konzertierten Kampagne gelungen ist, die zuständigen Ausschüsse des Senats auf die Befürwortung des INF-Vertrages festzulegen. Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Carlucci, der sicherheitspolitische Berater Nitze und Admiral Crowe, nahezu alle führenden Fachleute des Pentagon, der CIA und der anderen Nachrichtendienste sowie die Mehrzahl der zivilen Experten hätten sich ungeachtet sehr differenzierter Argumente und teilweiser Vorbehalte für den Vertrag ausgesprochen. Selbst Kritiker des Vertrages, wie Senator Dole, Ex-Außenminister Kissinger, der ehemalige ACDA-Direktor Rostow und der sicher-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

heitspolitische Berater Rowny wären genötigt gewesen, seine Ratifizierung zu empfehlen. Unter den Senatoren werde im Ergebnis der Ausschußberatungen mehrheitlich die Auffassung vertreten, eine Ablehnung des Vertrages würde nicht die sowjetische Führung, sondern die amerikanische Administration als unzuverlässigen Partner internationaler Vereinbarungen bloßstellen. Außerdem würden Hoffnungen der Verbündeten auf eine kohärente Sicherheitspolitik der USA erneut enttäuscht, nachdem es gerade mit großer Mühe gelungen sei, einen bündnispolitischen Konsens über den INF-Vertrag herbeizuführen. Bei vielen Senatoren wäre die Befürwortung des INF-Vertrages jedoch mit dem Vorbehalt verbunden, daß er nicht zum Modellfall für weitere Abrüstungsvereinbarungen werden dürfte. Insbesondere für das Erarbeiten eines Vertrages über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen (START) sollte sich die Administration Zeit lassen und keine unausgereiften Entscheidungen treffen.

Führungskreise des Senats rechnen angesichts dieser Stimmung trotz der befürwortenden Stellungnahme der Ausschüsse mit einer intensiven und zeitaufwendigen Plenar-Debatte des Senats über den INF-Vertrag und seine Auswirkungen auf die Sicherheit der USA und die NATO. Die Gegner des Vertrages um die Senatoren Helms, Pressler, Symms und Quayle seien zwar nur eine Minderheit. Sie würden aber kaum darauf verzichten, die bereits in den Ausschüssen abgelehnten Zusatzanträge in etwas abgeänderter Form im Plenum erneut einzubringen und langwierige Auseinandersetzungen darüber zu provozieren. Solche Anträge werden insbesondere hinsichtlich der Verifizierung des Vertrages sowie mit dem Ziel der Schaffung von Junktims zwischen der Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenwaffen und anderen Fragen erwartet, wie der konventionellen Stabilität in Europa, der Menschenrechts- und der Afghanistanproblematik. Ziel der Aktivitäten rechtskonservativer Politiker wird nach Ansicht von Kongreßmitarbeitern sein, schwankende Senatoren zu verunsichern, um das Abstimmungsergebnis möglichst knapp zu halten. Versuchen Reagans, Senator Helms und andere konservative Republikaner zu disziplinieren, werden nur geringe Erfolgchancen eingeräumt.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die zügige Abwicklung der Senatsdiskussion ist nach Ansicht des State Department die ambivalente Haltung des Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses Nunn und einiger ihm nahestehender demokratischer Senatoren. Diese wünschen aus wahltaktischen Erwägungen und zur Minderung des außenpolitischen Erfolgs des Präsidenten eine Verzögerung der Ratifizierungsdebatte, obwohl sie den INF-Vertrag und das Aushandeln weiterer

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Rüstungskontrollvereinbarungen grundsätzlich unterstützen. Nach Ansicht führender Demokraten kann sich die Haltung von Nunn allerdings rasch ändern, wenn sich bei den weiteren Vorwahlen im April herausstellen sollte, daß die Demokraten keinen aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten gegen Bush nominieren können. In diesem Falle wäre das Festhalten an der Verzögerungstaktik für den Wahlkampf der Demokraten bei den diesjährigen Kongreßwahlen und für die perspektivische Profilierung von Nunn als Präsidentschaftskandidat 1992 kontraproduktiv. Seine Forderung nach Festschreiben der Verbindlichkeit der Interpretation des INF-Vertrages im Ratifizierungsbeschluß, die bei einigen republikanischen Befürwortern der INF-Ratifizierung auf Bedenken stößt, könnte dann in eine konsensfähigere Formulierung gebracht werden, was einen raschen Abschluß der Debatte fördern würde.

Begünstigend für den konstruktiven Verlauf der Senatsdiskussion wird sich nach Ansicht des State Department die Festlegung des Termins für den Moskauer Gipfel sowie die erklärte sowjetische Bereitschaft auswirken, bei diesem Treffen auch humanitäre Probleme und regionale Fragen ausführlich zu behandeln. Vom Senat werde auch honoriert werden, daß die sowjetische Führung, trotz ihres Drängens nach Fertigstellung eines unterschriftsreifen START-Vertrages bis zum Gipfel, sein Vorliegen nicht zur Bedingung für dessen Stattfinden mache. Das mindere die Befürchtungen, die UdSSR könnte Reagan vor dem 4. amerikanisch-sowjetischen Gipfel zu nicht ausgereiften Entscheidungen verleiten. Außerdem würden die Fortschritte bei der Lösung der Afghanistanfrage und das persönliche Engagement von Michael Gorbatschow für das Zustandekommen der Vereinbarungen als Beweis für die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Führung zum Interessenausgleich mit der UdSSR und die konstruktive Lösung internationaler Streitfragen gewertet werden und beschleunigende Wirkung auf die Ratifizierungsdebatte haben. Das sowjetische Verhalten in der Afghanistanfrage reduziere die Argumentationsbasis derjenigen Senatoren, die die Vertrauenswürdigkeit der UdSSR nach wie vor anzweifeln.

Mitarbeiter der Administration, Kongreßpolitiker und westliche Diplomaten in Washington nehmen übereinstimmend an, daß der Senat dem Vertrag über die Beseitigung der landgestützten Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag) mit einer qualifizierten Zweidrittel-Mehrheit noch vor dem Moskauer Gipfel zustimmen wird. Westeuropäische Regierungskreise schließen die Annahme von "Killer"-Amendments oder den Vertragstext ändernden Zusätzen aus, obwohl dafür eine ein-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

fache Mehrheit ausreichen würde. Die Zustimmungsresolution des Senats werde jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit Auflagen für die Administration enthalten, die sich auf die Verbindlichkeit des dem Senat vorgelegten Vertragstextes und der Verhandlungsunterlagen, die Einhaltung der Verifizierungsbestimmungen sowie die periodische Berichterstattung der Administration über die sowjetische Vertragstreue an den Kongreß beziehen.

Die als sicher geltende Ratifizierung des INF-Vertrages wird sich nach Ansicht amerikanischer und westdeutscher Diplomaten mit Sachkenntnis über den Stand der Genfer Verhandlungen USA - UdSSR jedoch kaum auf eine Beschleunigung dieser Verhandlungen auswirken. Die Chancen für das Fertigstellen eines unterschriftsreifen START-Vertrages bis zum Moskauer Gipfel werden als minimal bezeichnet. Reagan persönlich und insbesondere Außenminister Shultz und ihm nahestehende Berater möchten zwar noch in der verbleibenden Amtszeit der jetzigen Administration zu einem solchen Vertrag kommen. Bis zum Abschluß der INF-Ratifizierungsdebatte seien dem Präsidenten jedoch die Hände für politische Entscheidungen gebunden und die maximal vier Wochen zwischen Ratifizierung und Gipfel wären sehr kurz für das Lösen der noch bestehenden Probleme, die von den Verhandlungsführern der USA und der UdSSR gleichermaßen als die schwierigsten des gesamten Vertragswerkes bezeichnet werden.

Nach Äußerungen von Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) neigt USA-Präsident Reagan wegen der Zeitknappheit immer stärker zu der Ansicht, daß es beim Moskauer Gipfel nicht so sehr auf die Unterzeichnung einer weiteren Abrüstungsvereinbarung ankommt. Vielmehr sollten mit einer umfassenderen politischen Erklärung ein Resümee des amerikanisch-sowjetischen Dialogs seit dem Genfer Treffen zwischen ihm und M. Gorbatschow gezogen und die Normalität von Gesprächen USA - UdSSR auf hoher und höchster Ebene herausgestellt werden, ohne dabei die Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze zu verschweigen. Eine solche Erklärung könnte die Eckdaten eines START-Vertrages enthalten. Sie müßte aber vor allem eine Orientierung für den weiteren Dialog beider Staaten geben und umfassendere Aussagen über ihr Herangehen an internationale Fragen mit dem Ziel der politischen Lösung regionaler Konflikte und der Gewährleistung internationaler politischer Stabilität sowie über die Weiterentwicklung des Regimes der zwischenstaatlichen Erörterung und Kontrolle humanitärer Fragen treffen. Außerdem sollte sie einen Abschnitt über die bilaterale Kooperation der USA und der UdSSR beinhalten. Politisches Hauptanliegen einer solchen Erklärung müßte

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

sein, den Willen der höchsten Repräsentanten der USA und der UdSSR zum Vermeiden bilateraler Konfrontationen über periphere Fragen zu dokumentieren.

Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Carlucci zeigen sich öffentlich und intern etwas optimistischer als der Präsident hinsichtlich der Möglichkeit, bis zum Moskauer Gipfel in den Genfer Verhandlungen USA - UdSSR noch Fortschritte zu erzielen. Mitarbeiter des State Department führen das primär auf verhandlungstaktische Erwägungen zurück. Darüber hinaus gäbe es aber bei beiden Politikern nach ihren kürzlichen Gesprächen mit ihren sowjetischen Amtskollegen noch einige Hoffnungen auf weitere sowjetische Kompromißvorschläge, die dem Gipfel doch noch einen echten abrüstungspolitischen Akzent geben könnten. Sie gingen davon aus, daß die UdSSR in Vorbereitung des Treffens unter größerem Handlungsdruck stehe als die USA. Die sowjetische Führung benötige vor der Parteikonferenz der KPdSU wegen der wirtschaftlichen, inneren und bündnispolitischen Probleme der UdSSR dringend einen außenpolitischen Erfolg und zumindest realistisch erscheinende amerikanische Absichtserklärungen für weitere Abrüstungsvereinbarungen. Trotz ihrer allgemeinen Offensivposition in der Friedensfrage hätte sie gegenüber der westlichen Öffentlichkeit den Nachweis zu führen, daß sie keine aggressiven und expansionistischen internationalen Ziele verfolgt. Gleichzeitig müßte M. Gorbatschow seinen inneren Opponenten den am 15. Mai 1988 beginnenden Rückzug aus Afghanistan akzeptabel machen.

Ausgehend von solchen Überlegungen orientiert das State Department für die weiteren Vorbereitungen zum 4. amerikanisch-sowjetischen Gipfel darauf, in den Gesprächen ein Höchstmaß an Flexibilität zu zeigen, sich jedoch in Sachfragen auf keine Kompromisse festlegen zu lassen. Bis Anfang Mai sollten vor allem die sowjetischen Positionen weiter sondiert werden, um die auf amerikanischer Seite in der Schlußphase der Vorbereitungen erforderlichen Entscheidungen gründlich vorzubereiten. Entsprechend bereits in die Öffentlichkeit lancierten Überlegungen soll geprüft werden, ob die UdSSR bei Nichtfertigstellung des START-Vertrages bis Ende Mai evtl. bereit wäre, ein weiteres Treffen zwischen M. Gorbatschow und R. Reagan in der zweiten Jahreshälfte 1988 zu erwägen. Vereinzelt wird bei Politikern spekuliert, daß angesichts des sich als möglich abzeichnenden Wahlsieges von Bush der sowjetischen Führung ein solches Treffen am Jahresende akzeptabel erscheinen könnte, weil dann die amerikanische Seite Kontinuität in der Abrüstungspolitik demonstrieren würde, um die Anlaufzeit der neuen Administration im Dialog mit der UdSSR zu reduzieren.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Mitarbeiter des NSC wenden sich gegen Überlegungen, beim Moskauer Gipfel notfalls als Ersatz für einen nicht unterschriftsreifen START-Vertrag eine spezielle sicherheitspolitische Rahmenvereinbarung anzunehmen, die die bisher erreichten Übereinstimmungen fixiert. Solche Vorstellungen, die nach amerikanischen Angaben von sowjetischer Seite beim letzten Treffen Shultz - Schewardnadse ins Gespräch gebracht wurden, sollen in der Umgebung von Shultz auf einiges Verständnis gestoßen sein. Im NSC wird jedoch die Ausarbeitung eines speziellen sicherheitspolitischen Gipfeldokuments abgelehnt, weil es zwangsläufig den Charakter eines "Zwischenabkommens" haben müßte. Dieses würde vom Kongreß budgetpolitisch wie ein Vertrag behandelt. Die Folge wären weitere finanzielle Beschränkungen für Rüstungsvorhaben und die nächste Administration müßte faktisch Reduzierungsmaßnahmen durchführen, ohne daß die UdSSR rechtlich bindend zu adäquaten Schritten verpflichtet sei. Aufgrund des Widerstandes der START-Gegner und wegen des Wahlkampfes könnte ein solches Dokument außerdem bewirken, daß die eigentlichen Vertragsverhandlungen ins Stocken geraten und eine Pause im Abrüstungsdialog gerade in dem Bereich eintritt, wo die USA an einer substantiellen Reduzierung des sowjetischen Potentials interessiert sind. Außerdem könnten auch die NATO-Verbündeten ein "Zwischenabkommen" für einen fertigen Vertrag nehmen. Das würde es den USA erschweren, die erforderliche Modernisierung der Kurzstreckenraketen durchzusetzen, und mit Sicherheit erhebliche Bündnispolitische Differenzen über die nukleare Zielplanung auslösen.

Die in allen entscheidungsvorbereitenden Gremien und zwischen den zuständigen Regierungsorganen der USA weiterhin umstrittenste Frage im Zusammenhang mit den amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen ist, welche vertragliche Lösung für die Verknüpfung von Reduzierungen bei den strategischen Offensivwaffen mit einer Regulierung der Weltraumrüstung angestrebt werden soll. Zivile Experten der Rüstungskontrollbehörde ACDA halten die Washingtoner Formel vom Dezember 1987 für das Formulieren einer gesonderten Vereinbarung über die zeitlich begrenzte Einhaltung des ABM-Vertrages in der Fassung von 1972 nicht für ausreichend. Eine Änderung der Positionen der USA und der UdSSR, die dieser Kompromißformel zugrundelagen, sei in absehbarer Zeit nicht wahrscheinlich. Reagan wäre bei den Rechtskonservativen im Wort, daß SDI nicht zum Gegenstand amerikanisch-sowjetischer Vereinbarungen wird. Er könnte davon nicht weg. Für die UdSSR gäbe es keinen zwingenden Grund, gerade jetzt auf Bemühungen um Behinderung der amerikanischen Weltraumrüstung zu verzichten, wo sich eine "finanzielle Auszehrung" des SDI-Programms abzeichne und die USA-Militärs verstärkt Zweifel

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

an der Leistungsfähigkeit "exotischer" Waffensysteme äußern. Für die sowjetische Führung wäre es jetzt produktiver, die START-Verhandlungen möglichst weit voranzutreiben, die ABM-Problematik jedoch im Vertrauen darauf offenzulassen, daß der nächste Präsident mit der UdSSR über die strategische Verteidigung verhandeln müßte.

In diesem Kontext ist beachtenswert, daß sich militärische Abrüstungsexperten und Mitarbeiter des Pentagon darüber beunruhigt zeigen, die sowjetische Führung könnte unter Verzicht auf eine gesonderte Vereinbarung zum ABM-Vertrag einer Halbierung der strategischen Offensivwaffen zustimmen, gleichzeitig jedoch in geeigneter einseitiger Form den Vorbehalt des Rechts zum Austritt aus einem START-Vertrag bei amerikanischen Verstößen gegen das geltende ABM-Regime festschreiben, z. B. in Form eines Briefes zur Interpretation der Kündigungsklausel des geplanten START-Abkommens. Es wird argumentiert, dadurch wäre zwar das politisch für Reagan schwierige Problem der weiteren Einhaltung des ABM-Vertrages ohne juristisch verbindliche Beeinträchtigung der SDI-Entwicklung umgangen und der für die USA nicht akzeptable sowjetische Vorschlag zur Erarbeitung einer Liste der nach diesem Vertrag zulässigen Experimente vom Tisch. Für die USA entstünden jedoch strategische und politische Unsicherheiten. Die UdSSR könnte ihre Arbeiten auf dem Gebiet der strategischen Verteidigung fortsetzen und zu einem ihr genehmen Zeitpunkt realisieren. Unter dem ständigen Druck der Austrittsdrohung der UdSSR aus dem START-Vertrag würde der Kongreß bei allen Projekten der Weltraumrüstung äußerst vorsichtig vorgehen und den jetzt schon sehr schwierigen Entscheidungsprozeß weiter verkomplizieren. Nach den vorliegenden Informationen dauern die Diskussionen über die ABM- bzw. SDI-Problematik zwischen den beteiligten Institutionen der USA an. Ein Konsens über Empfehlungen an den Präsidenten für das weitere Vorgehen zeichnet sich noch nicht ab.

Hinsichtlich der Hauptbestimmungen eines künftigen START-Vertrages gibt es in den entscheidungsvorbereitenden Gremien der Administration Übereinstimmung, daß eine Reduzierung der nuklearen Gefechtsköpfe auf 6000 ohne Beeinträchtigung der Sicherheit der USA und ihrer Nukleargarantien für Verbündete möglich ist, wenn für spezielle strategische Systeme Untergrenzen vereinbart werden. Insbesondere sei für die USA unverzichtbar, die Gefechtsköpfe der landgestützten strategischen Raketen (ICBM) auf 3300 zu reduzieren. Das wird mit den seit längerem bekannten Argumenten der Notwendigkeit des Abbaus der Asymmetrie bei ICBM zugunsten der UdSSR und der Druckausübung auf die sowjetische Führung in Richtung einer für sie unvorteilhaften Umrüstung auf seegestützte Trägersysteme begründet.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Neuerdings werden auch Berechnungen militärischer Experten herangezogen, nach denen mit 2000 Gefechtsköpfen, die gegen Ziele höchster wirtschaftlicher und militärischer Priorität sowie gegen die entscheidenden Punkte der Infrastruktur eingesetzt werden, der UdSSR in 20 - 40 Minuten unakzeptable Verluste in Höhe von 30 - 50 Millionen Menschen zugefügt werden könnten. Die gleichen Verluste seien erreichbar, wenn nur 500 nukleare Gefechtsköpfe gegen soziale und wirtschaftliche Ballungszentren eingesetzt würden. Aus diesen Berechnungen wird gefolgert, die nukleare Abschreckung wäre selbst bei einer Reduzierung der Gefechtsköpfe auf 3000 noch voll funktionsfähig, wenn Abwehrmaßnahmen gegen einen sowjetischen Erstschlag getroffen werden. Diese könnten in einer hohen Alarmbereitschaft aller strategischen Systeme, einer teilweisen Mobilität der strategischen Raketen vom Typ MX sowie der Sicherung der ortsfesten ICBM-Silos mit Anti-Raketen bestehen. Zur Gewährleistung eines sicheren amerikanischen Zweitschlages müßten außerdem die Treffsicherheit und die Zuverlässigkeit aller strategischen Raketen der USA weiter erhöht werden.

Vor diesem Hintergrund gewinnen Äußerungen amerikanischer Diplomaten gegenüber westeuropäischen Regierungspolitikern an Gewicht, die USA sähen Möglichkeiten, auf ihre bisherige Forderung nach einem Verbot mobiler ICBM zu verzichten, während bei see- und luftgestützten Marschflugkörpern (SLCM und ALCM) keine Kompromißmöglichkeiten bestünden. Für das Pentagon seien weder die Vorschläge der UdSSR zur Zählweise dieser Waffenarten noch deren Überlegungen für die Beschränkungen der seegestützten Marschflugkörper (SLCM) akzeptabel. Die Aussage zu den SLCM wird durch Angaben bekräftigt, denen zufolge die Meinungsverschiedenheiten zwischen Abrüstungsberater Nitze, Experten der Vereinigten Stabschefs und Marinefachleuten über die seegestützten Kernwaffen (SLCM und ballistische Raketen) so gravierend sind, daß der politischen Führung im Mai wahrscheinlich gegensätzliche Optionen zur Entscheidung vorgelegt werden müssen. Das Zustandekommen eines Angebots an die UdSSR, entsprechend dem Nitze-Vorschlag auf alle seegestützten Marschflugkörper größerer Reichweite und andere nukleare Kampfmittel an Bord von Schiffen außer ballistischen Raketen zu verzichten, erscheint Mitarbeitern des State Department wegen der Stärke des Widerstandes im Kongreß und von seiten der Marine als nicht wahrscheinlich.

Der Widerstand der START-Gegner in den USA entzündet sich vor allem an der Verifizierungsfrage. Das starke Mißtrauen vieler Senatoren in die Vertragstreue der UdSSR wurde durch rechtskonservative Kräfte und Militärs in den letzten Wochen noch stimuliert. In den Hearings des Geheimdienstausschusses des Senats über

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

den INF-Vertrag erklärten verantwortliche Mitarbeiter der Nachrichtendienste, eine sichere Verifizierung der Einhaltung der Bestimmungen eines potentiellen START-Vertrages sei nicht möglich. Neben militärischen Gründen führten sie dafür das langjährige Standardargument an, die UdSSR sei eine geschlossene Gesellschaft, deren Militärpolitik nicht transparent und berechenbar wäre. Sie wandten sich außerdem im Falle der strategischen Offensivwaffen gegen Vor-Ort-Inspektionen in Produktionslagern sowie auf Schiffen. Nach Ansicht sachkundiger Mitarbeiter des State Department ist die skeptische oder kritische Haltung vieler Senatoren und des Pentagon zur START-Verifizierung voll auf die Verhandlungsführung der USA durchgeschlagen. Sie sehen nur sehr geringe Möglichkeiten, den beim amerikanisch-sowjetischen Außenministertreffen vorgelegten Entwurf des Protokolls über Verifizierung und Inspektion zum START-Vertrag kurzfristig weiter zu präzisieren. Auch hier seien politische Entscheidungen des Präsidenten über kontroverse Standpunkte der beteiligten USA-Institutionen und anschließend langwierige Verhandlungen mit der UdSSR über technische Details notwendig.

Während der INF-Ratifizierungsdebatte wurden im Senat sowie von seiten sehr unterschiedlicher Kräfte in der Öffentlichkeit Forderungen nach einem Neudurchdenken der Prämissen der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik gestellt. Die NATO-Diskussion über die Folgen des INF-Vertrages für das Bündnis und eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie wirkte auf die USA zurück und stimulierte dort in den politikbestimmenden Kreisen die Suche nach neuen konzeptionellen Lösungen, obwohl die offizielle Reaktion der Administration auf diese Diskussion vorwiegend auf das Zerstreuen von Zweifeln der Verbündeten an der Kohärenz der USA-Politik gerichtet war. Mit dem Herannahen der Wahlen wurde in den Parteien die Diskussion über die USA-Politik unter dem Nachfolger Reagans intensiviert. Bei Annahme einer vom Wahlausgang unabhängigen pragmatisch-konservativen Kontinuität in der Außenpolitik der USA wurden insbesondere die politischen und wirtschaftlichen Grenzen der Handlungsfähigkeit des künftigen Präsidenten zum Gegenstand der Diskussion. Auf sicherheitspolitischem Gebiet legten wissenschaftliche Institutionen oder spezielle Arbeitsgruppen erste Studien mit Grundsatzempfehlungen für die künftige Politik der Administration vor.

Unter diesen Materialien verlangt insbesondere die im Januar 1988 publizierte Studie der Kommission für eine integrierte Langzeitstrategie unter dem Titel "Differenzierende Abschreckung" Aufmerksamkeit. Aus Überlegungen zur perspektivischen Entwicklung des internationalen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kräfteverhältnisses werden in dieser Studie Schlußfolgerungen für

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

eine globale Gesamtstrategie abgeleitet. Nach Ansicht führender amerikanischer Politologen werden darin Grundfragen der strategischen Orientierung der USA für die 90er Jahre angesprochen, die in jedem Falle im politischen Willensbildungsprozeß der Nach-Reagan-Ära eine Rolle spielen werden. Die Studie sei von den Autoren unter diesem Gesichtspunkt bewußt als ein Alternativkonzept zu gegenwärtigen Ansichten erarbeitet worden. Das werde von westeuropäischen Kritikern oft übersehen, weil man zu kurzfristig nur die Europa betreffenden Aussagen herausgreife und vor globalen Zusammenhängen und Verantwortungen weiterhin die Augen verschließe sowie die Arbeits- und Lastenteilung im westlichen Bündnis immer noch fast ausschließlich unter finanziellen Aspekten betrachte.

Eine Vielzahl von Informationen bestätigen, daß in der inneramerikanischen Diskussion über internationale Sicherheitsfragen die Probleme der dritten Welt, des Engagements der USA in lokalen oder regionalen Konflikten sowie die Suche nach Wegen zum Vermeiden einer nichtgewollten Konfrontation mit der UdSSR durch Verwicklung in periphere Konflikte an Bedeutung gewinnen. Dabei wird davon ausgegangen, daß die USA und die UdSSR künftig mit einer größeren Anzahl weltpolitisch bedeutsamer Akteure konfrontiert sein werden, die eigenständige Interessen durchsetzen wollen und von den beiden Globalmächten nur minimal kontrolliert werden können. Nach Ansicht amerikanischer Politikwissenschaftler sei es deshalb notwendig, in den 90er Jahren eine Bestandsaufnahme der Bündnisbeziehungen der USA vorzunehmen. Bei aller auch künftig herausragenden Bedeutung der NATO als wichtigstem und erfolgreichstem Bündnis der USA mit anderen Staaten, sei die atlantische Allianz vorwiegend als Instrument der Ost-West-Auseinandersetzung konzipiert. Um gegenüber den kommenden Herausforderungen bestehen zu können, benötigten die USA jedoch umfassendere und zugleich kostengünstigere militärische und bündnispolitische Lösungen für ihre außereuropäischen Interessensphären. Der gegenwärtige Umfang der offenen Hilfe für antikommunistisch orientierte Staaten und Kräfte müßte überdacht und Formen der indirekten Unterstützung sowie Optionen der verdeckten Kampfführung größere Bedeutung zugemessen werden.

Nach vorliegenden Hinweisen ist damit zu rechnen, daß die amerikanische Diskussion um sicherheitspolitische Fragen in der Zeit zwischen dem 4. amerikanisch-sowjetischen Gipfel und den Wahlkonventen der Demokraten im Juli bzw. der Republikaner im August neuen Auftrieb erhalten wird. In die dann laufende Debatte über den Haushalt des Pentagon werden nach Ansicht außenpolitischer

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Experten mit Sicherheit neben den Ergebnissen des Moskauer Gipfels und den Problemen des START-Vertrages bis dahin vorliegende Empfehlungen von wissenschaftlichen Institutionen und Arbeitsgruppen der Parteien zur künftigen Militär- und Abrüstungspolitik der USA einfließen. Außerdem sei in diesem Zeitraum nochmals mit Bemühungen Reagans zu rechnen, durch eigene Entscheidungen Rahmenbedingungen für militärpolitische Entschlüsse seines Nachfolgers zu schaffen, insbesondere hinsichtlich von SDI und der Modernisierung der nuklearen Kurzstreckenraketen.

Die Einschätzung ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.

KOPIE BOLD